



Berlin, 01. Februar 2010

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die neue Bundesregierung hat ihr erstes Steuergesetz verabschiedet. Und das war kein guter Beginn. Obwohl alle Experten im Finanzausschuss des Bundestages den Inhalt zerpfückten und ablehnten wurde das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, so wie es in den Bundestag hineinkam, auch verabschiedet. Bezeichnenderweise habe ich bisher keinen Abgeordneten der Koalitionsfraktion gefunden, der seine Zustimmung aus Überzeugung geleistet hätte. Alle, die von Steuerrecht ein wenig Ahnung haben, geben achselzuckend zu verstehen, sie fänden die Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes für Hotelübernachtungen auch nicht richtig und gut, aber es wäre nun einmal politisch vereinbart worden und deswegen hatte man so beschließen müssen. Ein merkwürdiges Demokratieverständnis!

Die Abgeordneten sind keinen Weisungen unterworfen sondern sind ihrem Gewissen verantwortlich. Sie haben sich in diesem Fall aus Loyalität zu ihren Vorsitzenden anders verhalten. Dieses Handeln ist parteipolitisch zwar verständlich, kann jedoch von uns Bürgerinnen und Bürgern nicht akzeptiert werden, weil es uns schadet. 1 Mrd. € wurden einfach in den Sand gesetzt. Ein Ärgernis an sich.

Aber der Ärger geht für Viele jetzt weiter. Bei den Reisekostenabrechnungen dürfen sich künftig alle Betroffenen mit den extra auszuweisenden Frühstücksanteilen, die mit den Lohnsteuerrichtlinien nicht identisch sind, auseinandersetzen.

Der bürokratische Aufwand in den Unternehmen nimmt zu. Alle Unternehmen, bei denen Reisekosten Betriebsausgaben sind, zahlen sogar drauf, weil sie nicht wie bisher 19 % Vorsteuern, sondern nur noch 7 % Vorsteuern abziehen können.

Und selbst die Begünstigten werden nicht froh, denn die Hotelgäste fordern nun die ermäßigte MwSt. in Form einer Preisermäßigung ein, was dann den Hotelbesitzern außer Ärger gar nichts bringt.

Die Hotelbetriebe verdienen im Vergleich zu Österreich in Deutschland angeblich weniger und können daher nach ihrer Aussage auch weniger investieren, was sich zu einem Teufelskreis entwickle.

In Österreich entstehe „ein Wellnesstempel nach dem Anderen“ und in Deutschland bleiben den Hotels die Gäste weg.

Die Frage sei erlaubt, ob als Ursache hierfür tatsächlich der höhere Mehrwertsteuersatz herhalten kann. Sicher nicht! Für Geschäftsreisende spielte der Mehrwertsteuersatz überhaupt keine Rolle. Für den Privaturlauber wohl, aber gerade das Beispiel Österreich zeigt, wenn das Angebot stimmt, sind die Gäste durchaus bereit, höhere Preise zu zahlen.

Wenn man schon für die Hotellerie etwas tun wollte, wäre es wesentlich sinnvoller gewesen, über die KfW ein zinsgünstiges Förderprogramm für Hotelaus- und -umbauten bereit zu halten, als nach dem Gieskannenprinzip eine steuerliche Förderung zu beschließen.

Bei dem ersten Gesprächstermin der DSTG-Bundesleitung mit Finanzminister Schäuble sprach der Minister seinen beruflichen Werdegang an, der in jungen Jahren als Sachgebietsleiter beim FA Freiburg (Breisgau) begann. Dies hatte ich auch schon in meinem Glückwunschsreiben hervorgehoben und daran die Hoffnung geknüpft, dass der Finanzminister in Erinnerung seiner Anfänge nun seinen steuerlichen Sachverstand entsprechend einbringen werde. Konkret meinten wir damit, dass er aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Mehrwertsteuerermäßigung für Hotels eliminieren würde. Der Minister räumte ein, dass dieser Punkt nicht seine Erfindung und er selbst bei den Koalitionsvereinbarungen im steuerpolitischen Bereich nicht beteiligt gewesen sei. Er habe aber nun als Minister dieses erste Steuergesetz nicht scheitern lassen können. Glücklicherweise sei er über die Regelung nicht.

Ich habe im Gespräch angeboten, gemeinsam die Liste der 7-%-igen Mehrwertsteuersachverhalte durchzugehen und eine Bereinigungsliste zu erarbeiten.

Als erfahrener Politiker hat Schäuble jedoch gleich darauf hingewiesen, dass man sich daran leicht verheben könne.

Auch wenn der Haushalt katastrophal schief liege und eine Rekord-Nettoneuverschuldung beinhalte, sei er im Sinne der Koalitionsvereinbarung verpflichtet, eine Steuerreform zu erarbeiten. Dies werde er allerdings behutsam und mit Bedacht angehen. Er lasse sich dabei zeitlich nicht in die Enge treiben. Er werde versuchen den Schwerpunkt auf Steuervereinfachungen zu legen, weil nicht jede Vereinfachung Geld kosten müsse. Allerdings sei ihm klar, dass eine spürbare Vereinfachung ohne Einnahmeverluste nicht möglich ist.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Dieter Ondracek
(DSTG Vorsitzender)